**Anfrage der**

**Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN  
im Rat der Stadt Duisburg**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **An die Verwaltung sowie zur Sitzung:** |  | **Behandlung:** |
| **Schulausschuss** |  | Beantwortung |
| **Jugendhilfeausschuss** |  |  |

|  |
| --- |
| **Betreff: Auswirkung der Corona-Krise hier: „Heimbeschulung“ während der Schulschließungen gem. Erlass der Landesregierung NRW zur Umsetzung des Infektionsschutzes** |

Die „Heimbeschulung“ von Schülerinnen und Schüler in Form von Fernunterricht dauert länger als ursprünglich angenommen.  
In der Medienlandschaft finden sich unterschiedlichste Berichte darüber, wie gut und effizient der Fernunterricht die Zielgruppe erreicht hat. Dies hat fatale Auswirkungen auf die Bildungsgerechtigkeit.   
Mit Blick auf den Bildungsstandort Duisburg bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen zur Schulschließung und dem damit verbundenen Fernunterricht:

1. Mit welchen Maßnahmen hat der Schulträger bisher Familien unterstützen können, die keine eigenen Endgeräte oder Internetzugang besitzen, um am Fernunterricht teilzunehmen?

2. Welche Maßnahmen, außerhalb der technischen Unterstützung, wurden bisher ergriffen, um betroffenen Familien Hilfen und Beratung zu geben, z.B. durch den Schulpsychologischen Dienst und die Schulsozialarbeit?

3. Welche Maßnahmen hat der Schulträger ergriffen, um besonders belastete Familien, z.B. Familien, in denen Kinder mit einer Behinderung leben, zu unterstützen?

4. Wie hat der Schulträger dafür Sorge getragen, dass unterstützungsbedürftige Familien (insbesondere Menschen mit geringen Kenntnissen der deutschen Sprache) von etwaigen Hilfsangeboten erfahren haben?

5. Hat der Schulträger Maßnahmen durchgeführt, um im Sinne von Bildung und Teilhabe (BuT) Familien in besonderen Problemlagen Lernförderung, digitale Lernmittel oder eine Essensverpflegung zukommen zu lassen? Wurden dabei Schulmensen als Anlaufstelle oder Ausgabestellen einbezogen?

6. Wurden Kinder durch den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) in die Notbetreuung übergeben? Falls ja, wie viele Kinder waren bisher betroffen? Wie wird sichergestellt, dass Kinder in potenziell gefährdeter Situation im Blick behalten werden und präventive Maßnahmen ergriffen werden können?